

**INSTITUT FÜR PHARMAKOLOGIE UND TOXIKOLOGIE DER  
VETERINÄRMEDIZINISCHEN UNIVERSITÄT WIEN****Vorstand: Prof. Dr. Dr. Hans Nohl**

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

A-1030 Wien, Linke Bahngasse 11  
Telefon (0222) 71155/450 od. 451  
FAX: (0222) 714 91 09

Minoritenplatz 5  
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 59	-GE/19 PS
Datum: 30. OKT. 1995	
Verteilt 31. 10. 1995	

*H. Schiefel*

Wien, 11.10.1995

**Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetz über Studien an  
Universitäten**

Der Entwurf eines neuen Studiengesetzes ist zu begrüßen und erforderlich, sofern hiermit eine Niveauanhebung der Ausbildung angestrebt wird.

Dieses dringend erforderliche Ziel, das Chancengleichheit der österreichischen Universitätsabgänger mit solchen anderer EU-Staaten sichern sollte, bedarf der Anstrengung aller hieran beteiligten Organe:

1. Die zuständigen Ministerien sind aufgefordert Arbeits- und Ausbildungsbedingungen dem EU-Niveau anzugleichen, d.h. Finanz- und Personalmittel entsprechend aufzustocken und die administrativen Aufgaben sinnvoll zu reduzieren. Dazu sollte zunächst einmal ein EU-Profil über die nach Abzug der nichtakademischen Tätigkeiten in Verwaltung und Kommissionen verbleibenden Kapazitäten für Lehre und Forschung erarbeitet werden. Zu berücksichtigen ist auch die vergleichsweise Mehrbelastung durch die in Österreich möglichen häufigen Wiederholungsprüfungen. Hieraus sollte ein Schlüssel für das erforderliche Hochschullehrer/Studenten/Verhältnis abgeleitet werden.
2. Die in der Diskussion stehende Lehrverpflichtung der Universitätsprofessoren über 8 Stunden widerspricht dem Autonomiegedanken der Universität und trägt nicht zur Verbesserung des Hochschullehrer/Studenten/Verhältnisses bei; es führt daher auch nicht zu einer intensiveren Ausbildung.  
Schon bisher mußten alle Professoren wegen des nichtregulierten Massenzugangs zur Universität weitaus mehr Leistungen in der Ausbildung (einschl. Prüfungen) erbringen als in vergleichbaren außerösterreichischen Universitäten des EU-Raumes.  
Außergewöhnliche Administrationsaufgaben, plus außergewöhnliche Belastungen in der Ausbildung nehmen Energie, Motivation und die erforderliche Zeit für die Erbringung wissenschaftlicher Leistungen, die international mithalten können (siehe Evaluation der österreichischen Biochemie) und erschweren die internationale Kooperation.

3. Während bei den Universitätsprofessoren und Hochschullehrern das Festlegen weiterer Pflichten und Leistungen in der Ausbildung im Vordergrund steht, (was ihre wissenschaftlichen Aktivitäten zwangsläufig weiter einschränkt) sollen dem auszubildenden Studenten weitere (formale) Rechte eingeräumt werden, die unbestritten kontraproduktiv sind:

Als Beispiel sei hier die Zulassungsbedingung zum Studium genannt, die weiterhin entgegen anderer ausländischer Universitäten in Europa und Übersee auf eine strenge Eignungsprüfung, die nach Leistungskriterien selektiert, verzichtet.

Ein anderes Beispiel ist der Prüfungsmodus, der es einem Studenten fast unmöglich macht letztlich nicht doch durchzukommen (eher eine Frage der Zeit als der Leistung). Die Möglichkeit bis zu viermal für eine Prüfung anzutreten, sowie die freie Termin- und Prüferwahl verlängern wegen des verminderten Risikos zu scheitern das Studium, (was unbestritten im EU-Vergleich ist) und senken die Qualität der Ausbildung, da Selektion über Leistungskriterien so gut wie ausgeschlossen ist.


§ 28.2 „Bedürfnisse berufstätiger Studenten sind besonders zu berücksichtigen“  
Dies Bedarf einer praktischen Erläuterung.

§ 45.1. Die Abschaffung der Notenskala ist motivationsfeindlich und widerspricht den Anforderungen einer Leistungsgesellschaft. Wer bessere Leistungen erbringt sollte auch bessere Berufschancen haben.

§ 49.2. Wer soll diese Prüfungen abhalten? Gelten hierfür die gesetzlichen Regeln einschließlich der Prüfungsgelder der übrigen Prüfungen? Was soll damit erreicht werden, wenn nicht alle Studenten so verfahren müssen? Was kommt dabei an Mehrbelastung auf den Hochschullehrer zu!?!

§ 60.2. Gegen öffentliche Prüfungen ist nichts einzuwenden, wenn sie im Konnex mit den Fachlehrveranstaltungen als Ergänzung der Prüfungsvorbereitung gesehen werden, nicht aber wie die Regel als Ersatz, zur Einübung von Prüfungsfragen. Dies ließe sich durch Anwesenheitspflicht bei den Pflichtlehrveranstaltungen regeln.

Mit freundlichen Grüßen



(Prof. Dr. Dr. Hans Nohl)